

Pressemitteilung des Bundesverbands Wärmepumpe (BWP) e.V.

Wärmepumpenbranche fordert Maßnahmen zur kurzfristigen Marktbelebung

Berlin, 24.04.2024. Spitzenvertreter der Wärmepumpenbranche haben nach der diesjährigen Zusammenkunft im Deutschen Technikmuseum in ihrer „Berliner Erklärung“ eine gemischte Bilanz gezogen. Nachdem die Absatz- und Installationszahlen von Wärmepumpen über mehr als zehn Jahre stetig gewachsen waren – in den letzten beiden Jahren sogar sehr dynamisch um jeweils etwa 50 Prozent –, ist der Wachstumstrend im Laufe der letzten Monate erheblich ins Stocken geraten.

Branche rechnet mit schwierigem Jahr trotz großem Verbraucherinteresse

Um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen und Abhängigkeiten von Energieimporten zu reduzieren, hatte die Bundesregierung sich vor zwei Jahren das Ziel gesetzt, die Anzahl jährlicher Installationen von Wärmepumpen kurzfristig auf 500.000 zu steigern. Nachdem die Branche im vergangenen Jahr mit 356.000 abgesetzten Wärmepumpen diesem Ziel schon sehr nahe gerückt war, rechnet der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. im laufenden Jahr mit einem deutlichen Absatzrückgang.

BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel kommentiert: „Für die Branche, die in den vergangenen Monaten erheblich in Fertigungs-, Schulungs- und Installationskapazitäten investiert hat und nun in der Lage ist, die notwendigen 500.000 Wärmepumpen pro Jahr zu liefern und einzubauen, ist das eine schwierige Situation. Zumal nicht nur in der Branche Einigkeit darüber besteht, dass sich die Wärmepumpe mittelfristig als Standardheizung durchsetzen wird.“ So belegen Umfragen ein nach wie vor großes Interesse an der Technologie. Die Bürger wollen weg von fossilen Heizungen, sie wollen den Umstieg auf Wärmepumpen und erwarten entsprechende politische Rahmenbedingungen.

Verunsicherung der Verbraucher verhindert Entscheidungen

Die Ampelkoalition hat mittlerweile mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), der Einführung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG), der Fortsetzung und Anpassung der Förderung (BEG) sowie der Abschaffung der EEG-Umlage längst überfällige politische Maßnahmen für die Wärmewende umgesetzt. Es mag paradox erscheinen, dass der Wärmepumpenabsatz nun ausgerechnet in dieser Situation zurückgeht.

„Die neue Heizungsförderung ist in vielerlei Hinsichten verbessert und sehr attraktiv, aber zu wenig bekannt und teilweise zu komplex. Diese Rahmenbedingungen treffen auf verunsicherte Bürger, die den Überblick verloren haben, welche Regeln nun für sie gelten. Beispielsweise ist in einem Großteil der ländlichen Versorgungsgebiete bereits heute absehbar, dass dort weder mit einem Fernwärmeausbau noch mit einer Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff zu rechnen ist.“, so Dr. Sabel. Dennoch warteten nun alle zunächst auf das Ergebnis der kommunalen Wärmeplanung, was zu einer allgemeinen Zurückhaltung beim Heizungstausch führe.

Aufklärungsarbeit und klare Signale an die Verbraucher benötigt

Kurzfristig brauche es vor allem mehr Aufklärungsarbeit zu den neuen Rahmenbedingungen am Wärmemarkt und zu den Verpflichtungen und Risiken, die man mit dem Einbau einer neuen Gasheizung eingeht und mehr Information zur neuen, sehr starken Heizungsförderung. Dazu gehöre nach der Haushaltskrise auch, mit einem klaren Bekenntnis der Regierungskoalition zur Stabilität der Förderung Vertrauen und Zuversicht zu schaffen.

Darüber hinaus verleite das aktuelle Preisverhältnis von Strom zu Gas trotz hoher Kostenrisiken dazu, zunächst weiter auf fossile Energieträger zu setzen, erläutert Sabel: „Der Marktpreis für Erdgas ist über den letzten Winter deutlich gesunken und gibt den Bürgern eine trügerische Sicherheit, denn er täuscht über die zu erwartenden Preissteigerungen durch den CO₂-Preis und durch die verpflichtenden Biomasseanteile beim Tausch eines alten Kessels gegen einen neuen hinweg.“

Energiepreise bleiben der zentrale Hebel

Insbesondere die Absenkung der Strom- und Mehrwertsteuer seien zentrale Hebel, um das aus der Sicht der Branche benötigte Verhältnis des Strompreises zum Gaspreis von weniger als zweieinhalb zu eins herzustellen. Der Vergleich mit anderen europäischen Staaten zeige, dass dies Investitionsentscheidungen zugunsten erneuerbarer Wärme anreize. Für die konsequente Fortführung des Wärmepumpenhochlaufs erwarte die Branche von der Politik, ein Zeichen an die Verbraucher zu setzen, dass sich Abwarten beim Thema Heizung nicht lohnt.

Weitere Infos unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/>.

Über den Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V.

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. ist ein Branchenverband mit Sitz in Berlin, der die gesamte Wertschöpfungskette rund um Wärmepumpen umfasst. Im BWP sind rund 970 Handwerksunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Bohrfirmen sowie Heizungsindustrie und Energieversorger organisiert, die sich für den verstärkten Einsatz effizienter Wärmepumpen engagieren.

Die deutsche Wärmepumpen-Branche beschäftigt rund 50.000 Personen und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund 2,8 Milliarden Euro. Derzeit werden in Deutschland über 1,7 Millionen Wärmepumpen genutzt. Im Jahr 2023 wurden ca. 350.000 neue Anlagen installiert, die zu rund 95 Prozent von BWP-Mitgliedsunternehmen hergestellt wurden.

Pressekontakt:

Katja Weinhold (Pressesprecherin BWP)
Hauptstraße 3
10827 Berlin
Telefon: 030 208 799 716
E-Mail: presse@waermepumpe.de